



Uns Dörpspolitik



SCHLESWIG-
HOLSTEIN

SPD

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Sülfeld, nach über einem Jahr intensiver Zusammenarbeit in der Gemeindevertretung ist es für uns an der Zeit, ein gemeinsames Fazit zu ziehen und zu reflektieren, was wir gemeinsam erreicht und auf den Weg gebracht haben.

Unsere Diskussionen waren stets sachlich und von gegenseitigem Respekt geprägt. Wir haben intensiv nach Lösungen gesucht und in der Sache gerungen. Gemeinsam ist es uns gelungen, konkrete Lösungen zu erarbeiten und Projekte für die Zukunft unserer Gemeinde anzustoßen. Diese positiven Ergebnisse und die vertrauensvolle Zusammenarbeit möchten wir nun in einem gemeinsamen Sommerbrief mit Ihnen teilen.

In diesem Brief möchten wir Ihnen einen Überblick über die wichtigsten Projekte und Initiativen geben, die im vergangenen Jahr umgesetzt oder gestartet wurden. Es sollen nicht nur unsere Erfolge hervorgehoben werden, sondern wir wollen auch die Transparenz unserer Arbeit fördern und den Dialog mit Ihnen stärken.

Es ist uns ein großes Anliegen, Ihnen zu zeigen, wie wir gemeinsam für das Wohl unserer Gemeinde arbeiten und welche Visionen wir für die Zukunft von Sülfeld haben. Gleichzeitig stehen wir jedoch vor finanziellen Herausforderungen im Gemeindehaushalt, die wir nicht verschweigen wollen.

Wichtige Investitionen, die unsere Gemeinde voranbringen könnten, stehen auf der Kippe, da die notwendigen Fördermittel teilweise gekürzt oder sogar ganz gestrichen wurden bzw. werden sollen – sowohl durch den Bund als auch das Land. Diese Entwicklungen sind besorgniserregend, und daher haben alle Bürgermeister des Amtes Itzstedt in einem gemeinsamen Brandbrief an das Land darauf hingewiesen, dass eine Kürzung dieser Mittel die Zukunft unserer Gemeinden gefährden wird. Das können und wollen wir nicht akzeptieren.

Als Bürgermeister der Gemeinde Sülfeld freue ich mich dennoch auf die weiterhin konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit, die uns bereits so viel ermöglicht hat und uns auch in Zukunft helfen wird, die Gemeinde Sülfeld trotz dieser Herausforderungen gemeinsam weiter voranzubringen.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Zusammenarbeit ist das ehrenamtliche Engagement. Es ist das Herzstück unserer Gemeinschaft und spielt eine entscheidende Rolle in vielen Bereichen unseres Lebens. Ob in sozialen Bereichen, Sportvereinen oder in der politischen Arbeit – das Ehrenamt verbindet Menschen und fördert den Zusammenhalt.

Lassen Sie uns gemeinsam die Bedeutung des Ehrenamts hervorheben und die wertvolle Arbeit der Engagierten würdigen.

Ich möchte alle ermuntern, sich im Ehrenamt zu engagieren – sei es sozial oder politisch. Gemeinsam können wir eine starke, solidarische Gemeinschaft aufbauen, die für alle lebenswert ist.

Marek Krysiak -Bürgermeister Gemeinde Sülfeld

Die Gemeinde Sülfeld sucht mit Unterstützung durch einen Kommunalberater und der Ärztegenossenschaft Nord seit dem Ausscheiden des bisherigen Arztes intensiv nach einer oder mehreren Ärztinnen und Ärzten, um die medizinische Versorgung im Ort sicherzustellen. Ziel ist die Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ), das langfristig die ärztliche Betreuung der Einwohner gewährleisten soll. Die Bemühungen laufen auf Hochtouren, um eine Lösung zu finden und die ärztliche Versorgung in der Gemeinde Sülfeld wieder aufzubauen.

Gespräche in verschiedene Richtungen laufen bereits seit einigen Monaten. Eine vielversprechende Möglichkeit besteht darin, die ehemaligen Räumlichkeiten des MVZ zu nutzen. Diese Option wird derzeit intensiv geprüft, um zeitnah eine geeignete Lösung zu finden und die medizinische Betreuung der Gemeinde zu gewährleisten.

Auch die Option, die bestehende Infrastruktur auf dem Gelände des FZB (Forschungszentrum Borstel) zu nutzen, steht weiterhin im Raum. Beide Ansätze werden parallel verfolgt, um die bestmögliche Lösung für die medizinische Versorgung zu finden.

Die größte Herausforderung besteht darin, Ärztinnen und Ärzte für unsere Region und Gemeinde zu begeistern. Was anfangs schwierig war und viel Einsatz und Geduld erforderte, scheint sich nun auszuzahlen: Wir haben inzwischen vier potenzielle Ärztinnen und Ärzte gefunden, mit denen wir weitere Gespräche führen werden.

In der Gemeindevertretung Sülfeld sind wir uns alle einig, dass wir die ärztliche Versorgung in unserer Gemeinde und Region unbedingt sicherstellen wollen. Angesichts dieser gemeinsamen Herausforderung stehen wir auch in engem Austausch mit unseren Nachbargemeinden. Die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung betrifft nicht nur Sülfeld, sondern das gesamte Amt Itzstedt. Wir arbeiten intensiv daran, eine langfristige Lösung zu finden, die für alle Gemeinden tragfähig ist.



Was wir diskutieren:

- Wie kann ggf. die Finanzierung eines MVZ realisiert werden?
- Welche Kosten kommen künftig auf die Gemeinde bzw. die Gemeinden zu?
- Welche Anreize kann eine Kommune bieten, damit sich Ärztinnen und / oder Ärzte für unsere Gemeinde entscheiden?
- Ist es möglich und sinnvoll, eine gemeinsame Lösung mit Nachbargemeinden zu realisieren?
- Entscheidungswege sind langwierig und langsam.

Modernisierung der Feuerwehrgerätehäuser

Unsere Feuerwehrhäuser erfüllen schon seit längerer Zeit nicht mehr die Anforderungen der Hanseatischen Feuerwehr-Unfallkasse Nord (HFUK). Die ersten Gespräche für eine Modernisierung der Sülfelder Feuerwehr gab es bereits vor über zehn Jahren.

Ein wesentlicher Punkt ist die sogenannte Schwarz-Weiß-Trennung, die sicherstellen soll, dass Kontaminationen vom Einsatzort nicht bis nach Hause getragen werden. Das bedeutet auch, dass entsprechende Umkleieräume und Duschkmöglichkeiten vorhanden sein müssen. Das ist aktuell aber nicht der Fall. Ebenfalls ein wichtiger Punkt ist die Anzahl und Lage der Parkplätze. Es sind nicht ausreichend Parkplätze vorhanden und die Kameradinnen und Kameraden kreuzen auf dem Weg in das Gebäude die Fahrspur der Feuerwehrautos, was ebenfalls nicht zulässig ist, um Unfälle zu vermeiden.

Die Gemeindevertretung begann in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr, der Amtsverwaltung und einem Architektenbüro im letzten Jahr mit den Planungen für eine Modernisierung der Feuerwehrhäuser in Sülfeld und Tönningstedt.



Es wurde für die Tönningstedter Feuerwehr ein Anbau von etwa 100 m² geplant, um entsprechende Umkleieräume und Duschkmöglichkeiten zu schaffen. Zusätzlich müssen einige organisatorische Maßnahmen umgesetzt werden, damit die HFUK einem weiteren Betrieb zustimmen kann. Am 25.04.2024 stimmte die Gemeindevertretung nahezu einstimmig der Durchführung einer Preisabfrage zu, um dann eine För-

derung beantragen zu können. Die potenzielle Förderung wäre in Höhe von 75% der Gesamtkosten, was 300.000 € der veranschlagten Kosten in Höhe von 400.000 € entspricht. Im September 2024 startete das Amt Itzstedt die Preisabfrage mit einer Frist von einem Monat.



Bei der Sülfelder Feuerwehr sind die notwendigen Maßnahmen allerdings deutlich umfangreicher. Es braucht deutlich mehr Parkplätze ohne Kreuzung des Weges der Einsatzfahrzeuge, es braucht endlich Duschen und Umkleieräume, mehr Möglichkeiten zur Lagerung, größere Räumlichkeiten zu Schulungszwecken und zu guter Letzt auch mehr Hallenplätze für Einsatzfahrzeuge. Es gibt derzeit eine Spur, die z.B. von mehreren Fahrzeugen genutzt wird, was so grundsätzlich nicht zulässig ist.



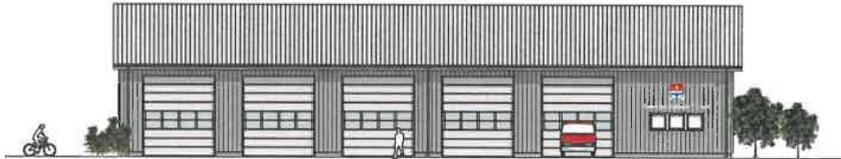
Im ersten Schritt gab es zwei Entwürfe - für einen Anbau und einen Neubau mit Abriss des Bestandsgebäudes. Um diese beiden Varianten gab es viel Diskussionsbedarf. Ein Neubau birgt weniger bauliche Risiken, kann strukturierter geplant werden und nutzt die vorhandene Fläche besser aus,

allerdings wären die Kosten bei einem Anbau deutlich geringer, denn anstatt etwa 3.750.000 € lagen die Kosten für einen Anbau bei etwa 3.050.000 €, was 700.000 € ausmacht. Allerdings muss hier noch berücksichtigt werden, dass bei der Neubaualternative etwa 84 m² mehr Fläche zur Verfügung steht, was einen Gegenwert von etwa 340.000 € darstellt.

Modernisierung der Feuerwehrgerätehäuser

Die endgültige Entscheidung zu den beiden Varianten wurde an den Zentralausschuss verwiesen, der am 02.05.2024 mehrheitlich für einen Neubau stimmte.

Im weiterem Verlauf wurde zur Kostenreduzierung im Hallenbereich auf eine Massivbauweise verzichtet und die Räumlichkeiten für Sitzungen und Schulung auf ein immer noch ausreichendes Maß reduziert. Die letzte Kostenschätzung für den Neubau belief sich auf rund 3.500.000 €.



Die Gemeindevertretung hat am 12.09.2024 einstimmig beschlossen, mit dieser Kostenschätzung die Förderung zu beantragen. Es geht um den gleichen Fördertopf wie bei der Tönningstedter Feuerwehr, allerdings erreichen wir bei dem Neubau keine Quote von 75%, da die Förderung pro Maßnahme auf maximal 750.000 € begrenzt ist, was bei der Sülfelder Feuerwehr vollständig ausgeschöpft wird.

Die Gemeindevertretung hat bei diesem Thema mit vielen Treffen und Sondersitzungen keine Zeit mehr verstreichen lassen, um die Förderanträge noch rechtzeitig bis zum Ende des Jahres stellen zu können. Es hätte alles so gut gepasst, leider hat die Landesregierung massive Kürzungen bei der entsprechenden Förderung angekündigt und nach unseren Informationen wurde die Bearbeitung der Förderanträge vorerst gestoppt. Die Bürgermeister der Gemeinden im Amt Itzstedt haben sich in einem gemeinsamen Brandbrief bereits an die Landesregierung gewandt, dass ohne diese Förderung die Finanzierung gerade der Feuerwehren nur sehr schwer zu schaffen ist. Das hat zwar auch in der Presse Wellen geschlagen, aber wie es ausgeht, wissen wir noch nicht. Es ist auch unklar, wie unsere Gemeinde das stemmen soll, wenn plötzlich über eine Million Euro mehr aufgebracht werden müssen.

Die Ironie ist, dass wir durch die steigenden Anforderungen, u.a. an den Unfallschutz, modernisieren müssen und dabei auf Förderungen angewiesen sind. Und jetzt, wo das Geld im Land knapper wird, wird auf Landesebene über eine Senkung der Anforderungen nachgedacht. Plötzlich muss es dann doch nicht mehr so viel sein ...

Was wir diskutieren:

- Was machen wir, wenn die Förderung von über 1 Mio. € wegfällt?
- Anbau in Sülfeld wäre kostengünstiger als ein Neubau. Neubau ist strukturierter und kann effizienter geplant werden
- Welche finanziellen Auswirkungen erwarten wir durch die notwendigen Investitionen mittelfristig?
- Vor- und Nachteile der Zusammenlegung von Ortswehren.
- Welche Bauausführung ist zwingend erforderlich und was ist nur "nice to have"?
- Wie kann eine kostensparende Aufgabenteilung unter den Ortswehren erfolgen?
- Welche Aufgaben können auf Amtsebene erledigt werden?

Kommunale Wärmewende

Im April 2021 beschloss das Europäische Parlament, dass die EU bis 2050 klimaneutral werden soll und dann keine fossile Energie mehr in der EU verbraucht wird. Das bedeutet für Privathaushalte und kleinere Industrieunternehmen Deutschlands, dass die bestehenden Gasnetze bis dahin teilweise oder ganz abgeschaltet werden.

Um das EU-Ziel zu erreichen hat die deutsche Bundesregierung das 2020 verabschiedete GEG (Gebäudeenergiegesetz) überarbeitet und dem EU-Ziel angepasst.

Das Erreichen der Klimaneutralität wurde auf das Jahr 2045 vorgezogen, sowie eigene deutsche Ziele hinzugefügt. Als Anreiz, sofort mit der Umrüstung zu beginnen, wurden interessante Förderprogramme für Endverbraucher und Kommunen, nebst Unterstützungen für Haushalte mit geringen Einkünften, ins Leben gerufen.

Deutschland soll früher klimaneutral werden

- Treibhausgasemissionen
 - Bis 2030: 65 % weniger CO₂ (bislang 55 %)
 - Bis 2040: 88 % weniger CO₂
 - 2045: Klimaneutralität (bislang 2050)
- Zulässige jährliche CO₂-Emissionsmengen für einzelne Sektoren wie Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr oder Gebäudebereich werden abgesenkt.



Foto: Bundesregierung

Auch an ältere Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern, die diese schon vor 2002 bewohnten, ist gedacht worden, diese Gebäude sind vorerst ausgenommen, sie fallen spätestens zwei Jahre nach dem Verkauf des Hauses unter diese Vorschriften. Die Weitergabe der Kosten für die Energiewende von Vermietern an Mieter ist reguliert worden.

Die Energiewende soll also so harmonisch wie möglich ablaufen.

Für die ca. 11.000 Kommunen Deutschlands - als unterste Ebene unserer Staatsgliederung und am nächsten zu den Bürgern - ist das eine besondere Herausforderung. Über eine kommunale Wärmeplanung (KWP) sollen die Kommunen bis spätestens Mitte 2028 den besten und kosteneffizientesten Weg zu einer klimafreundlichen und fortschrittlichen Wärmeversorgung finden.

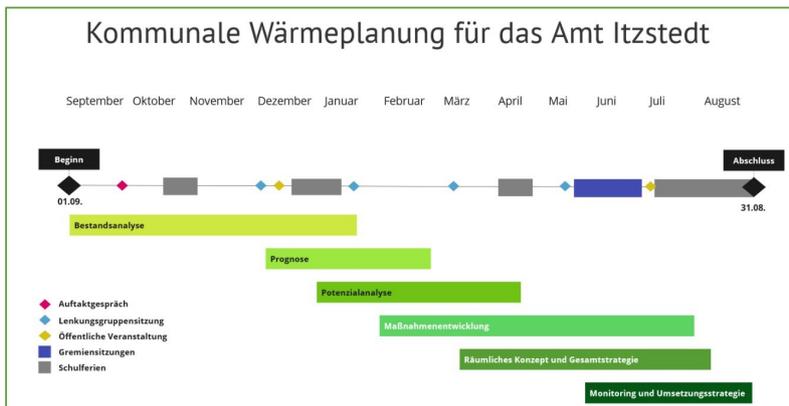
Die KWP ist die Grundlage, um die Wärmewende strategisch, effizient und koordiniert voranzubringen. Diese Transformation ist für eine Gemeinde eine große und vor allem langfristige Aufgabe, bei der eine frühe Weichenstellung erforderlich ist, um 2045 das vorgegebene Ziel zu erreichen - klimaneutral mit 100% erneuerbarer Energie!

Die Gemeinden im Amt Itzstedt haben sich bereits 2023 zusammengetan, um einen Partner für die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung zu finden. Im September dieses Jahres beginnt die beauftragte Firma mit der Erstellung einer KWP.

Die Erstellung der KWP ist in verschiedene Phasen untergliedert und wird mit Beteiligung der Bürger erarbeitet.

Zunächst wird der Ist-Zustand ermittelt. Hierzu dürfen die für die Wärmeplanung zuständigen Stellen auch Daten erheben. Diese Bestandsanalyse beinhaltet vor allem die Ermittlung des aktuellen Wärmebedarfs oder der Verbräuche sowie der vorhandenen Wärmeerzeuger und Energieinfrastrukturen einschließlich der eingesetzten Energieträger.

Die Potenzialanalyse ist der nächste Schritt. Hier wird geprüft, welche unterschiedlichen Quellen erneuerbarer Energien oder unvermeidbarer Abwärme perspektivisch für die Wärmeversorgung zur Verfügung stehen und unter wirtschaftlichen Bedingungen nutzbar gemacht werden können. Das kann z. B. die Erschließung geothermischer oder solarthermischer Potenziale, PV-Anlagen und Windenergie oder die Abwasserwärme aus Fertigungsprozessen inklusive Speichermöglichkeiten der gewonnenen Energie sein.



Quelle: Kommunale Wärmeplanung für das Amt Itzstedt, Zeiten°Grad Krug und Poggemann eGbR

Auf Grundlage der Bestandsanalyse und der Potenzialanalyse werden Ziele und Wege der Umsetzung definiert. Die einzelnen Kommunen werden in voraussichtliche Wärmeversorgungsgebiete eingeteilt. Das können Zentren mit einem Wärmenetz und/oder Gebiete mit dezentraler Wärmeversorgung, z.B. über Wärmepumpen sein.

Dieses Vorhaben wird uns als Gemeinde die nächsten Jahrzehnte begleiten und es soll an dieser Stelle niemand Angst davor haben. Es wird niemand gezwungen, heute seine Heizung tauschen zu müssen. Wir werden diese Aufgabe gemeinsam meistern und wir wollen nicht, dass jemand auf dem Weg zurückgelassen wird. Vielmehr sollten auch die Vorteile gesehen werden, denn neben dem Erhalt unserer Umwelt gibt es langfristig auch finanzielle Vorteile, denn Energie ist teuer geworden und wir sind sicher noch nicht am Ende. Zudem sollten auch für die Gemeinde finanzielle Vorteile drin sein, was wiederum allen zugutekommt.

Lasst es uns gemeinsam anpacken und helfen Sie mit, indem Sie uns Hinweise zu möglichen Energie- oder Wärmequellen, geplanten Projekten oder eigenen Ideen geben, damit diese in der kommunalen Wärmeplanung berücksichtigt werden können. Hierfür haben wir ein Formular unter <https://gemeinde-suelfeld.de/fragen-kwp>. Unterstützen Sie uns bei der Wärmeplanung und füllen Sie den Fragebogen aus! Vielen Dank.



Was wir diskutieren:

- Informieren und aufklären: Was kommt auf die Kommunen und die Bürger zu?
- Ergebnis der KWP ist nicht zwingend der Bau eines Wärmenetzes.
- Welche Möglichkeiten eröffnen sich?
- Konkrete Maßnahmen können erst nach Fertigstellung der Wärmeplanung angepackt werden.
- Welchen Beitrag kann die Gemeinde allein leisten?
- Wie verlässlich sind aktuell die Vorgaben?

Sülfelder Park Wischhof – ein Hürdenlauf kurz vor der Ziellinie!

Etlche Bürgerinnen und Bürger werden sich vielleicht noch daran erinnern können, wie wir 2008 die 800-Jahr-Feier unserer Gemeinde unter anderem auch auf dem Wischhof-Gelände gefeiert haben – wie zwischen Musikbühne und Getränkewagen sich getroffen, erzählt und getanzt wurde.

Seit vielen Jahren beschäftigt unsere Gemeinde nun die Ausgestaltung des Sülfelder Wischhofs als zentrale, begrünte Outdoor-Begegnungsstätte für Jung und Alt. Nicht zuletzt auch hier war das Mitwirken unserer Bürgerinnen und Bürger am Ortsentwicklungskonzept ein entscheidender initiativer Baustein für die weitere Gestaltung: Es sollte ein Treffpunkt für alle Gemeindebewohner entstehen, ein Treffpunkt mit verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten für alle Altersklassen, ein Treffpunkt, der zusammenführt für Aktivitäten, aber auch Ruhe gewährt! Aus der Fläche sollte zudem eine gelungene Mischung aus Umweltschutz, Naturerlebnis und Naherholung entstehen.

Schon damals lagen viele Ideen „in der Schublade“, aber für die neue Nutzung war zunächst der Flächennutzungsplan umzuwidmen. Weitere Zeit verging. Nach vielen weiteren Sitzungen rund um die Gestaltung des Geländes Wischhof kehrt das Projekt nun langsam auf die Zielgrade ein - nicht unwesentlich beeinflusst von den finanziellen Herausforderungen!

Hatte der Finanzausschuss noch am Ende des letzten Jahres Mittel in Höhe von 258.400 € für das Projekt eingeplant und mit einer Förderung von ca. 75 % der Kosten gerechnet, schätzte die Landschaftsarchitektin die Kosten (nach weiteren Anpassungen) im Frühjahr auf etwa 300.000 €.

Nicht zuletzt auch aufgrund der angespannten – zurzeit strukturell defizitären – Haushaltslage in unserer Gemeinde, wurde der Umfang des Projektes nochmals im Sozial- und Kulturausschuss beraten, um sich auf wesentliche Elemente zugunsten aller Altersgruppen zu einigen und die Kosten dabei aber noch einmal erheblich zu reduzieren. Zielorientiert wurde um alle Anschaffungen und baulichen Veränderungen beraten, gerungen, abgewogen und abgestimmt – und das Ergebnis der Beratung der Gemeindevertretung im Juni 2024 zur Abstimmung vorgelegt.

Mit großer Mehrheit hat sich unsere Gemeindevertretung für die Umsetzung des Projektes auf Grundlage einer Kostenschätzung in Höhe von nunmehr 151.249,00 € entschieden. Wohlwissend, dass nicht alle gewünschten Maßnahmen Berücksichtigung finden konnten, aber ebenso mit der Gewissheit, dass der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger zumindest mit einem wesentlichen Teil nunmehr in die Realität umgesetzt werden soll – und verantwortungsvoll mit einem Blick auf die Kosten!

Und wenn die letzte Hürde - die Fördergelder in Höhe von ca. 75 % durch das Land Schleswig-Holstein – hoffentlich genommen wird, dann kann der „Hürdenlauf“ hin-



Sülfelder Park Wischhof – ein Hürdenlauf kurz vor der Ziellinie!

sichtlich der Gestaltung des Wischhof final ins Ziel führen und die Gemeinde Sülfeld die neu gestaltete Begegnungsstätte Mehrgenerationsplatz feiern.



Umgestaltung Wischhof (Planung): geändert beschlossen
Entwurf: Schlie... Landschaftsarchitektur

Was wir diskutieren:

- Die Gestaltung ist ein Spagat zwischen Erholungsfläche, Veranstaltungsfläche und Fläche für Aktivitäten. Wie können wir den Jugendbeirat einbinden?
- Ein großer Teil der Einsparungen sind durch die Ausführung der Arbeiten durch unsere Gemeindearbeiter entstanden - die sind allerdings bereits gut ausgelastet und Arbeiten auch nicht umsonst.
- Keine Förderung auf Eigenleistungen unserer Gemeindearbeiter.
- Ohne die Förderung in Höhe von 75% ist es derzeit für die Gemeinde finanziell schwierig, das Projekt umzusetzen.
- Ist diese Maßnahme in Zeiten extrem knapper Kassen wirklich erforderlich?
- Ist der Untergrund auch für alle Vorhaben geeignet oder wären hier mehr Maßnahmen notwendig?
- Sollte erst in Angriff genommen werden, wenn wir nicht mehr wissen wohin mit dem Geld.

Regionalplanung - Auswirkungen auf unsere Gemeinde

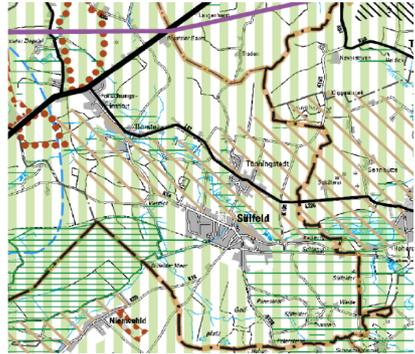
Regionalpläne sind in Schleswig-Holstein zentrale Instrumente der Raumordnung, die eine nachhaltige Entwicklung der Regionen gewährleisten sollen. Sie legen verbindlich fest, wie Flächen genutzt werden, um Siedlung, Wirtschaft und Natur auszubalancieren.

Die Pläne beinhalten Festlegungen zu Siedlungsachsen, Grünzügen, überörtlichen Versorgungsfunktionen und Naturschutzgebieten.

Wesentliches Instrument der Raumordnung, insbesondere im Bereich der Ballungsräume Hamburg und Kiel sind die „Regionalen Grünzüge“. Regionale Grünzüge schützen die Natur, fördern die Biodiversität und bieten Erholungsräume, während sie unkontrollierte Siedlungsentwicklung verhindern und zur Klimaanpassung beitragen.

Am 30. Mai 2023 genehmigte die Landesregierung Entwürfe für drei neue Regionalpläne, die die bestehenden Pläne von 1998 ersetzen sollen. Ein Beteiligungsverfahren fand vom 10. Juli bis 9. November 2023 statt, in dem auch die Gemeinde Sülfeld eine Stellungnahme abgab, insbesondere zu den Regionalen Grünzügen, die den Ortsteil stark einschränken.

Obwohl die Gemeinde potenzielle Bauflächen an die Landesverwaltung gemeldet hatte, wurden deren Wünsche im neuen Entwurf nicht berücksichtigt. Die Grünzüge erhielten zudem eine rechtliche Aufwertung, was faktisch ein Bauverbot zur Folge hat. Dies schränkt die Entwicklungsmöglichkeiten in Sülfeld stark ein, obwohl der Regionalplan einen Wohnungszuwachs in der Gemeinde von 15 % zulässt. Auch Anlagen zur Energiewende können aufgrund der neuen Regelungen nicht errichtet werden. Zurzeit werden die insgesamt knapp 1.000 Einwendungen, die auf die Regionalpläne eingegangen sind, durch die Landesplanung abgearbeitet bzw. es werden komplett neue Entwürfe erarbeitet.



Regionaler Grünzug

Was wir diskutieren:

- Die Gemeinde braucht Entwicklungsmöglichkeiten. Flächenbedarf besteht nicht nur für Wohn- und Gewerbebebauung, sondern auch für z.B. Anlagen zur Erzeugung von regenerativen Energien.
- Das Wachstum der Gemeinde muss maßvoll sein.
- Korridore für den Austausch von Pflanzen und Tieren dürfen nicht durchschnitten werden.
- Die Gemeinde Sülfeld gehört zu den Gemeinden innerhalb Schleswig-Holsteins, die eine ausgewiesene Wohnraumknappheit haben.
- Auch in der Gemeinde Sülfeld besteht Bedarf an günstigem Wohnraum.
- Die Regionalpläne berücksichtigen nicht die Anforderungen, die 2024 an Kommunen gestellt werden, sondern sind lediglich eine Fortschreibung der Pläne aus 1998.

Am 12.10.2023 wurde Thomas Schmelling zum ehrenamtlichen Radverkehrsbeauftragten der Gemeinde Süfeld bestellt. Er hatte bereits im September zusammen mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern aus Elmenhorst eine gemeinsame Fahrradde-mo für einen Radweg nach Elmenhorst organisiert, was mit über 100 Radfahrenden aus unserer Gemeinde ein voller Erfolg war.

Der Radverkehrsbeauftragte wird dabei von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Mit-gliedern aller Fraktionen, unterstützt und es wird gemeinsam daran gearbeitet, unsere Gemeinde fahrradfreundlicher zu gestalten. Da unsere Gemeinde von Kreis- und Lan-desstraßen durchzogen ist, liegt die Zuständigkeit für diese leider nicht bei der Ge-meinde. Hier bleibt uns oftmals nur die Möglichkeit am Ball zu bleiben und immer wieder nachzufragen. Erfreulicherweise gibt es aber Bewegung bei einigen Kreis- und Landesstraßen.

Der fehlende Radweg von der Süfelder Brücke in Richtung Tönningstedt bis zur Kreuzung (Kreuzpfahl) ist in Planung. Nach aktuellem Kenntnisstand hat dieser im Kreis oberste Priorität und soll für 2026 eingeplant werden. Für die Landesstraße von Tönningstedt nach Grabau plant das Land den Bau eines Radweges und hat bei den Gemeinden Süfeld und Grabau angefragt, ob sie sich zu 25 % an den Kosten betei-ligen würden. Der Kreis Stormarn hat die Entscheidung getroffen, den lange ersehnten Lückenschluss des Radweges nach Elmenhorst zu planen. Dieses Vorhaben ist ein wichtiger Schritt für die Sicherheit und Mobilität aller Verkehrsteilnehmer.

Innerhalb der Ortschaften Süfeld, Borstel und Tönningstedt sind auf Grund der schmalen Straßen keine Radwege möglich und auch keine Schutzstreifen zulässig. Da bleibt als Option, die zu einer erheblichen Verbesserung aller Verkehrsteilnehmer führen kann, nur eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Es wird an einigen unübersichtli-chen Stellen auch versucht, ein Überholverbot von einspurigen Fahrzeugen zu erwir-ken, aber hier ist die Segeberger Verkehrsbehörde sehr restriktiv und hat den fließen- den Verkehr als oberste Maxime. Glücklicherweise wurde das Verkehrsrecht in Bezug auf die Mitbestimmung der Kommunen bei Kreis- und Landesstraßen verbessert und liefert uns neue Argumente, verkehrsberuhigende Maßnahmen durchzusetzen. Es gibt aber viele kleinere Maßnahmen, die wir beantragen können, wie z.B. Fahrbahn- markierungen oder Schilder „Achtung Radverkehr“, die auch schon helfen würden.

Ein weiteres Ziel ist es, mehr Menschen für das Radfahren zu begeistern und so hat die Gemeinde in diesem Jahr das erste Mal erfolgreich beim Stadtradeln teilgenom- men und ein Radaktionstag ist für das nächste Jahr in Planung..

Es ist noch viel zu tun, aber wir bleiben dran...

Was wir diskutieren:

- Zuständigkeiten bei Kreis, Land oder Bund - Einfluss der Gemeinde ist begrenzt.
- Wie kann man Radverkehr in unserer Gemeinde sicherer und attraktiver gestalten?
- Eingeschränkte Gestaltungsmöglichkeiten für Radwege
- Welche Maßnahmen können wir als Gemeinde sinnvollerweise allein umsetzen?

Wir leben zunehmend auch in finanzpolitisch unruhigen Zeiten. Wir werden in Zukunft mit finanziellen Einschränkungen leben müssen, denn der Bund und auch unser Bundesland streichen oder verringern wichtige Fördermittel und Zuschüsse.

Die Gemeindevertretung und damit alle Fraktionen sind sich im Klaren darüber, welche Verantwortung damit einhergeht. Wir müssen einerseits investieren, um die Zukunft für uns und unsere Kinder zu sichern, wir müssen die Steuergelder im laufenden Haushalt sinnvoll einsetzen und abwägen, welche Ausgaben wir uns nicht bzw. nicht mehr leisten können.

Auch hat uns das neue Kita-Gesetz vor finanzielle Herausforderungen gestellt, da unsere Ausgaben dadurch gestiegen sind. Darüber hinaus bemerken natürlich auch wir als Gemeinde genau wie Sie, dass die Kosten im Allgemeinen gestiegen sind, z.B. die Stromkosten für die Straßenbeleuchtung oder die Heizkosten für gemeindeeigene Gebäude.

Inzwischen machen die von uns nicht direkt beeinflussbaren Kosten/Umlagen 2024 rund 3.274.000 € (2021: 2.770.000 €) aus:

- Kreisumlage 1.420.000 €
- Amtsumlage 925.000 €
- Schulverbandsumlage 722.000 €
- Gewerbesteuerumlage 68.000 €

Die wesentlichen Ausgaben in unserer Gemeinde sind 716.000 € für die Kinderbetreuung, 245.000 € für den Brandschutz, 227.000 € für die Unterhaltung unserer Straßen und Wege und 43.000 € für die Straßenbeleuchtung.

Diese Ausgaben stehen nicht zur Diskussion, da sie entweder für die Sicherheit der Feuerwehrkameradinnen und -kameraden erforderlich sind, die Erhaltung der Infrastruktur oder eine gute Kinderbetreuung sicherstellen. Mit weiteren Mitteln unterstützen wir unsere Vereine, die ein wichtiger Teil unseres Dorflebens sind und uns als Gemeinschaft zusammenführen.

Im Ergebnis schließt der Haushaltsplan 2024 mit einem Fehlbetrag von 470.000 € !

Gemeinde Sülfeld



Haushaltssatzung
und
Haushaltsplan
2024

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 wird

1. im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der Erträge auf	7.118.600 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	7.588.900 EUR
einem Jahresüberschuss von	0 EUR
einem Jahresfehlbetrag von	470.300 EUR

(Auszug aus der Haushaltssatzung der Gemeinde Sülfeld für das Haushaltsjahr 2024)

Trotzdem müssen wir viele Themen angehen und finanzieren, um das Leben innerhalb unserer Gemeinde so lebenswert aufrecht zu erhalten, wie Sie es gewohnt sind. Dabei bleibt es nicht aus, dass innerhalb der Gemeindevertretung kontrovers diskutiert wird. Zwei große Themen wollen wir beispielhaft nennen, welche auch manchmal zu hitzigen Diskussionen geführt haben oder noch führen werden:

- Umgestaltung des Wischhofs
- Neubau bzw. Ertüchtigung der Feuerwehrehäuser (in Verbindung mit der Aufrechterhaltung aller 3 Feuerwehrrandorte)

Mit dem Ziel einer soliden Haushaltsplanung fordert der Konsolidierungserlass 2024 klare Maßnahmen, um das Haushaltsdefizit abzubauen. In einer Finanzausschusssitzung haben wir die Empfehlungen geprüft und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir kein nennenswertes Einsparpotenzial bei den Ausgaben mehr haben. Auch die Erhöhungsmöglichkeiten der Einnahmen unserer Gemeinde (i. w. Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hundesteuer) sind begrenzt.

Es wird also eine große gemeinsame Kraftanstrengung erfordern, auch unpopuläre haushaltsrelevante Maßnahmen anzugehen, um den Haushalt 2025 spürbar zu entlasten.

Bei allen damit verbundenen und erforderlichen Diskussionen leben wir schlussendlich in einer Demokratie und am Ende gibt es einen Mehrheitsbeschluss in der Gemeindevertretung, der umgesetzt wird.

Seien Sie versichert, dass alle Fraktionen trotz unterschiedlicher Ansichten im Finanzausschuss und in der Gemeindevertretung nur um den besten Weg für unsere Gemeinde ringen.

Was wir diskutieren:

- Wo können Kosten eingespart werden?
- Können Ausgaben auf einen längeren Zeitraum gestreckt werden?
- Wie können wir die Einnahmen steigern?
- Ist eine Erhöhung von Steuern (Hundesteuer, Gewerbesteuer) angemessen?
- Wie setzen wir die Grundsteuersätze nach der Grundsteuerreform fest?
- Können wir durch unternehmerische Aktivitäten (z.B. Windkraft, Vermietung) Erlöse erzielen?

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung zur Ortsentwicklungsplanung der Gemeinde Sülfeld wurden von unseren Bürgern u.a. die Straßen- und Wegesanierungen, sowie bauliche und optische Maßnahmen zur Verkehrsentschleunigung und barrierefreie Straßenüberquerungen gewünscht und angeregt.

Alle Ortsteile unserer Gemeinde sind von einem intensiven Durchgangsstraßenverkehr geprägt. Bundes-, Landes- und Kreisstraßen durchqueren Borstel, Petersfelde, Sülfeld und Tönningstedt und werden zukünftig – nicht zuletzt auch durch weitere Ansiedlungen von Industriegebieten in Bad Oldesloe, Kaltenkirchen und Henstedt-Ulzburg – mutmaßlich noch mehr von Straßen- und Schwerlastverkehr genutzt werden.

Haben wir in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Straßensperrungen und -umleitungen die unangenehmen Auswirkungen des Verkehrs wegen baulicher Sanierungsarbeiten erleben müssen (dürfen), so hat sich doch zugleich auch immer wieder die Frage gestellt, wie wir unsere Verkehrswege für alle Verkehrsteilnehmer so gestalten können, dass Verkehrssicherheit und unsere Wohnqualität deutlich verbessert im Einklang stehen.

Bestrebungen des Städte- und Gemeindebundes – entsprechend dem Ansinnen vieler Städte und Gemeinden - eine individuell angepasste, flächendeckende Verkehrsberuhigung auf Tempo 30 zu erreichen, scheiterten bislang an der Gesetzeslage, denn auf Hauptverkehrsstraßen wurde regelmäßig nur vor Schulen, Altenheimen und Krankenhäusern (zumeist auf max. 300 m beschränkt) ein Tempolimit zugelassen. Selbst auf stark frequentierten Schulwegen war ein entsprechendes Tempolimit nicht zugelassen. Die neue Straßenverkehrsordnung gibt nun allerdings Anlass zur Hoffnung. Wir als Gemeinde können künftig weitere Tempo -30-Zonen oder auch Bewohnerparken, Bus- und Fahrradspuren beantragen. Neben Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs sind nun auch Ziele wie Klima- und Umweltschutz, Gesundheit und örtliche Entwicklung berücksichtigt, wobei dem Thema Sicherheit höchste Priorität eingeräumt wird.

Trotz dieser zunächst einschränkend wirkenden Möglichkeiten hat die Gemeindevertretung unserer Gemeinde Sülfeld im Dezember 2023 einen einstimmigen Beschluss gefasst, die Verkehrs- und Schulwegsicherung in unserer Gemeinde zu prüfen und nach einer zu erstellenden aktualisierten Datenlage, entsprechende verkehrssichernde und -entschleunigende Maßnahmen in der Folge zu beantragen und zu verfolgen.

Insbesondere (Schul-)Kindern, Jugendlichen und älteren Personen ist es zurzeit teilweise nicht möglich, unsere Straßen „sorglos“ verkehrssicher zu Fuß oder auch mit dem Fahrrad zu überqueren, um in den anderen Teil der o.g. Orte zu gelangen, wo sich bspw. Bushaltestellen, Schulen, Kindergärten, örtliche Treffpunkte (bspw.



Projekt Ortsentwicklung – Entschleunigung im Verkehr

Jugendtreffs (Sülfeld) oder Gemeinschaftsunterkünfte wie die "Alte Schule" in Tönningstedt oder das Feuerwehrhaus in Borstel, Sportplatz oder Schützenhaus, Senioreneinrichtungen usw. befinden. Auch die Querung auf dem Radwanderweg (der alten EBOE-Trasse) ist für die Nutzer nur mit erheblichen Sichtbehinderungen (enge Straße oder Kurvenbereich) möglich.

Mit der Prüfung und Durchführung der in Betracht kommenden straßenbaurechtlichen Schutzmaßnahmen sollen sich die örtlichen "Gefahrenpunkte" für alle Verkehrsteilnehmer entschärfen, sichtbarer und sicherer gemacht werden.

Das hauptsächliche Augenmerk liegt derzeit innerorts in Sülfeld auf dem Bereich Elmenhorster Chaussee, Am Markt, Neuer Weg, sowie die Querungen der EBOE-Trasse (Huuskoppel und Steindamm / Torfredder (hier sind erste Baumaßnahmen zur besseren Einsichtnahme in 2025 eingeplant), in Borstel auf der Lindenallee (Kreuzungen „Poststraße“ und „Am Schmiedeholz“) sowie in Tönningstedt die Hauptstraße zwischen Hasenkrog und Auf dem Kamp bzw. Hörn).

Die Ermittlung der Daten (Verkehrsintensität) hat in diesem Sommer begonnen – in der Hoffnung, dass wir schon alsbald spürbare Regelungen einfordern können und erhalten werden. Ziel ist es, durch den verkehrsgerechten Einsatz von bspw. baulichen Maßnahmen, durch Geschwindigkeitsreduzierung, den Einsatz von Lichtsignalanlagen oder sicheren Fußgängerüberwegen den Verkehrsteilnehmern – insbesondere den schwächeren - in unserer Gemeinde einen höchstmöglichen Schutz zu bieten – und damit auch höhere Lebens- und Wohnqualität!



Zur Realität gehört allerdings auch, dass die Umsetzung wohl ein schweres Unterfangen sein wird, denn aktuell wurden bereits die Einführung eines verkehrsberuhigten Bereichs in der Straße „Huuskoppel“, ein Verbot des Überholens von einspurigen Fahrzeugen „Am Markt“ und eines Fahrradschutzstreifens im „Neuen Weg“ und „Elmenhorster Chaussee“ vom Kreis Segeberg abgelehnt.

Es wird ein harter, steiniger Weg. Möge er sicher werden!

Was wir diskutieren:

- Es gibt zu wenig Selbstbestimmung für die Gemeinde
- Der Kreis ordnet Maßnahmen nur sehr ungerne an - es gab schon diverse Ablehnungen.
- Welche Möglichkeiten ergeben sich durch die Novellierung der Straßenverkehrsordnung?
- Welche Maßnahmen können wir als Gemeinde sinnvollerweise allein umsetzen?

Wie in allen Kommunen spielt die Infrastruktur auch in der Gemeinde Sülfeld eine zentrale Rolle für das wirtschaftliche und soziale Leben. Unter Infrastruktur versteht man die grundlegenden Einrichtungen und Systeme, die das reibungslose Funktionieren einer Gemeinde sicherstellen und die Lebensqualität ihrer Bewohner maßgeblich beeinflussen. Dazu zählen Verkehrswege wie Straßen und Brücken, der öffentliche Nahverkehr, die Energieversorgung mit Strom und Gas, Wasser- und Abwassersysteme sowie Telekommunikationsnetze. Darüber hinaus umfasst die soziale Infrastruktur, darunter Bildungseinrichtungen, Gesundheitsdienste und Freizeiteinrichtungen.

Infrastruktur, ob baulich oder sozial, erfordert kontinuierliche Investitionen in Wartung und Erneuerung. Gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel stellt diese Aufgabe die Kommunen jedoch vor erhebliche Herausforderungen. Während die Mittel für Investitionen begrenzt sind, steigt der Bedarf an Infrastrukturmaßnahmen stetig. Man spricht häufig von der „Generationenschuld Infrastruktur“: Bleiben notwendige Investitionen aus, verschlechtert sich der Zustand der Infrastruktur mit der Zeit. Straßen, Brücken und Schulen verfallen, was langfristig hohe Kosten für Instandhaltung oder Ersatz nach sich zieht. Zukünftige Generationen stehen dann vor der schwierigen Aufgabe, veraltete Strukturen zu reparieren oder vollständig zu erneuern – Maßnahmen, die weit teurer sind, als frühzeitige Instandhaltungen es gewesen wären.

In der Gemeinde Sülfeld wurde in den letzten Jahren jedoch erheblich investiert:

Kreisstraßen

Besonders hervorzuheben sind die Investitionen des Kreises Segeberg in die Kreisstraßen K 108 und K 54. Ein aktuelles Beispiel ist die Sanierung der Oldesloer Straße in Sülfeld, die mit erheblichem finanziellem Aufwand vom Kreis Segeberg, dem Wege-Zweckverband, dem Eigenbetrieb Wasserwerk im Amt Itzstedt und der Gemeinde Sülfeld grundlegend erneuert wurde. Die Investitionskosten betragen hier insgesamt ca. 5.000.000 €. Der Neubau der Sülfelder Brücke im Vorwege dieser Maßnahme erforderte Investitionen in Höhe von 900.000 €. Die Sanierung der Straße von der Sülfelder Brücke bis zum Kreuzpfahl Tönningstedt erforderte ca. 1.000.000 € Investitionen durch den Kreis. Im kommenden Jahr folgt die Sanierung der Fahrbahndecke im Bereich Steindamm / Nienwohlder Straße.

Gemeindestraßen und Gehwege

Die Gemeindevertretung hat die Zustände der Gemeindestraßen und Gehwege in Sülfeld sorgfältig begutachtet und bewertet. Die daraus resultierende Prioritätenliste dient nun als Leitfaden für zukünftige Investitionen sowohl in Gehwege als auch in Straßen. Einige Gemeindestraßen bedürfen dringend einer umfassenden Sanierung. Um die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen zu können, wird sich die Gemeindevertretung intensiv mit dem Thema „Straßenausbaubeiträge“ auseinandersetzen und die entsprechenden Entscheidungen treffen müssen.

Bereits in den letzten Jahren wurden in zwei Durchgängen Schlaglochsanierungen auf den Gemeindestraßen in der gesamten Gemeinde durchgeführt.

Radwege

Für das Jahr 2026 ist der Bau eines neuen Radwegs vom Bereich der Sülfelder Brücke bis zum Kreuzpfahl entlang der Landesstraße durch den Kreis Segeberg geplant. Derzeit werden zudem Gespräche über einen weiteren Radweg entlang der Landesstraße zwischen Kreuzpfahl und Grabau geführt. Die Gemeinden Sülfeld und Grabau sind zur Mitfinanzierung dieses Projekts aufgefordert worden, und die Gemeindevertretung Sülfeld hat bereits ihre Zustimmung signalisiert.

Wanderwege / Wirtschaftswege

Viele der Wege in unserer Gemeinde sind wassergebunden. Auch diese Wege benötigen regelmäßige Investitionen in Pflege und Instandhaltung. Die Maßnahmen werden durch den Wege- und Umweltausschuss geplant und organisiert.

Die Gemeinde Sülfeld ist auch Naherholungsgebiet. Daher hatte die Gemeindevertretung beschlossen, für den Wanderweg an der ehemaligen Bahntrasse zwei überdachte Tisch-Bank-Kombinationen anzuschaffen. Diese wurden durch die Gemeindearbeiter aufgestellt und werden von Radfahrern und Wanderern gut genutzt.



Schulen

Auch in die Schulen wurde in den vergangenen Jahren viel investiert, insbesondere durch den Schulverband im Amt Itzstedt. In Sülfeld wird nach der Sanierung des Sporthallendaches nun eine umfangreiche energetische Dach- und Fassaden-sanierung durchgeführt. Das Investitionsvolumen beträgt ca. 3 Mio. Euro.

Diese Maßnahmen unterstreichen das Engagement der Gemeinde, auch im Bildungsbereich kontinuierlich zu investieren.



Was wir diskutieren:

- Straßenausbaubeiträge - wie soll es künftig gehandhabt werden?
- Wie können wir Instandhaltung und Sanierung finanzieren?
- Gibt es Förderungsmöglichkeiten?
- Wie können wir die hohe Qualität unserer Schulen noch besser vermarkten mit dem Ziel, dass die Schülerinnen und Schüler aus unserer Gemeinde auch in unsere Gemeinschaftsschule gehen?

Finanzierung der Kinderbetreuung



Die Kita-Reform aus dem Jahr 2020 hat erhebliche finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden und Städte im Land, dabei ist nicht nur die Finanzierung der Kindertageseinrichtung, sondern die Finanzierung der Kinderbetreuung insgesamt zu betrachten:

Die Kita-Reform zielte auf bessere Qualität, niedrigere Elternbeiträge und finanzielle Entlastung der Kommunen. Dabei wurden die Finanzierungsströme ab 2021 neu geregelt: Die Fördermittel (SQKM-Mittel) sollten langfristig mit den Elternbeiträgen die Kosten der Kita decken, so dass keine Restkostenfinanzierung durch die Gemeinde Sülfeld mehr erforderlich sein sollte. Es wurde ein Übergangszeitraum bis Ende 2024 eingeführt und eine passgenaue Kita-Förderung durch eine aufwändige Evaluation angestrebt. Für diesen Übergangszeitraum wurde geregelt, dass die Gemeinden weiterhin die Restkosten der Kindertageseinrichtung übernehmen.

Während die Reform die Elternbeiträge deckelte und zur Qualitätssteigerung beispielsweise einen höheren Personalschlüssel vorsah, brachte sie für die Kommunen zusätzliche finanzielle Belastungen. Alle Gemeinden zahlen erstmalig seit 2021 einen Wohngemeindeanteil für jedes betreute Kind, unabhängig vom Betreuungsort und der Betreuungsart (Kindertageseinrichtung oder Tagespflege). Die Gesamtkosten der Kinderbetreuung in Sülfeld stiegen dadurch auf ca. 700.000 € jährlich, doppelt so hoch wie zuvor. Die Kita-Reform hat seit ihrer Einführung 2021 in der Gemeinde Sülfeld jährlich Mehrkosten von ca. 300.000 € bewirkt, die Auswirkungen auf den gesamten Gemeindehaushalt haben.



Ursprüngliches Ziel war, dass nach Ende der Übergangsphase ab 2025 durch die Gemeinde keine Restkosten mehr getragen werden und die Finanzierungsvereinbarungen zwischen dem Kreis als Empfänger und Zahler der Fördermittel und dem Einrichtungsträger geschlossen werden. Das Mitgestaltungsrecht der Gemeinde wäre allerdings stark eingeschränkt und die enge Verbindung zum Kita-Träger würde zum Großteil entfallen. Seit 2024 ist das Kita-Werk des Ev.-Luth. Kirchenkreises Plön-Segeberg Einrichtungsträger der Kita „Beste Freunde“ in Sülfeld, wobei der vorherige Träger, die Kirchengemeinde Sülfeld, beratend eingebunden bleibt. Es war nicht im Sinne der Gemeinden, dass die enge Verbindung zum Träger entfallen sollte.

Mit der aktuellen Novelle des Kindertagesförderungsgesetzes ab 2025 wurde das Übergangsmodell zum Zielmodell erklärt. Die Gemeinde bleibt Finanzierungspartner

Finanzierung der Kinderbetreuung

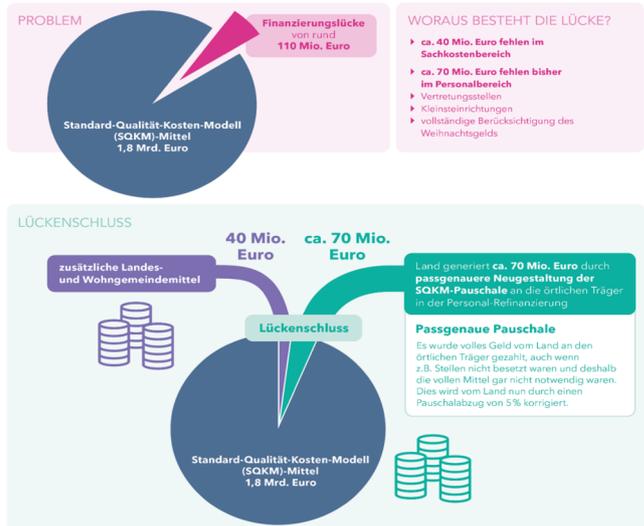
der Kindertageseinrichtung und übernimmt weiterhin eventuell entstehende Restkosten. Die neue Reform ab 2025 verspricht weitere Verbesserungen und die Schließung einer Finanzierungslücke von 110 Mio. €, so dass hierdurch endlich die angekündigte finanzielle Entlastung der Kommunen erfolgen kann.

Eine gute Betreuung der Kleinsten in unserer Gesellschaft ist jeden Euro wert. Familien sollen entlastet werden. Dies muss jedoch eine Gemeinschaftsaufgabe sein, da die Gemeinden inzwischen an der Grenze ihrer finanziellen Belastbarkeit angekommen sind. Es besteht die Hoffnung, dass die Novelle des Kindertagesförderungsgesetzes ab 2025 das hält, was auf Grundlage des Evaluationsberichtes versprochen wird:

- Sicherung der Stabilität und der Qualität des Kita-Systems
- Schließung der Finanzierungslücke in Höhe von 110 Mio. Euro
- Finanzielle Entlastung der Kommunen
- Keine Anhebung der gedeckelten Elternbeiträge
- Minimierung des Verwaltungsaufwandes vor Ort
- Erhöhung der Flexibilität für die Kitas
- Die Kinderbetreuung soll in Schleswig-Holstein insgesamt verlässlicher werden

Die Grafik zeigt die Methodik, die angewandt wird, um die Finanzierungslücke zu schließen: Durch zusätzliche Landes- und Wohngemeindemittel und durch die passgenauere SQKM-Pauschale.

Was dies schlussendlich finanziell für die Kommunen bedeutet, bleibt abzuwarten.



Was wir diskutieren:

- Die Kosten steigen stetig und die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde sind sehr begrenzt.
- Kosten können nur gesenkt werden, wenn Leistungen reduziert werden.
- Kommunen sollten durch Reform entlastet werden - leider nein.
- Wie können wir die ausufernden fremden Verwaltungskosten senken?

Die Bücherei zieht um!

Die Gemeindebücherei ist für viele in unserer Gemeinde nicht wegzudenken. In der "Alten Schule" unter dem Dach untergebracht, bietet sie einen Ort der Ruhe und des Wissens. Zweimal pro Woche lädt sie Besucher jeden Alters zum Stöbern, Lesen und Entdecken ein. Besonders für Schüler, Kindergartenkinder und Erwachsene ist sie eine Bereicherung, die Freude am Lesen und an Geschichten fördert. Nicht nur unsere Schulklassen, sondern auch unser Kindergarten ist hier regelmäßig zum Stöbern und für Lesestunden zu Gast. Die Kinder erleben so schon früh die Freude am Lesen und das Eintauchen in die Welt der Geschichten. Die Gemeindebücherei spielt dabei eine wichtige Rolle, um diese Begeisterung zu fördern.

Die Gemeindevertretung beschloss bereits vor mindestens zwei Wahlperioden, ein Klassenzimmer in der „Alten Schule“ barrierefrei umzubauen. Dieses Vorhaben unterstreicht das Engagement der Gemeinde, allen Bürgerinnen und Bürgern – unabhängig von Alter oder körperlichen Einschränkungen – einen einfachen Zugang zu Bildung und Kultur zu ermöglichen. So wird die „Alte Schule“ weiterhin als wichtiger Treffpunkt für die gesamte Gemeinschaft erhalten bleiben.

Unter Berücksichtigung einer Förderung durch die AktivRegion Alsterland wurde die Baumaßnahme trotz aller Herausforderungen durch Denkmalschutz und die Koordination aller Beteiligten erfolgreich abgeschlossen, sodass die barrierefreie Bücherei nun demnächst in vollem Umfang genutzt werden kann.

Auch die Schaffung einer barrierefreien Toilette war Teil der Umbaumaßnahmen. Zum Abschluss haben unsere Gemeindemitarbeiter den barrierefreien Zugang hervorragend umgesetzt und gezeigt, wie wichtig ihr Einsatz für das Gelingen dieses Projekts war. Im letzten Schritt werden wir nun in die Planung der Möbel gehen, um den Raum optimal für die Bedürfnisse der Nutzer einzurichten. Sobald dies abgeschlossen ist, kann ein Umzug aus dem Dachgeschoss im kommenden Jahr erfolgen, sodass die neue Bücherei voll einsatzbereit sein wird. Damit wird die „Alte Schule“ weiterhin ein zentraler Ort des Lernens und der Begegnung für alle Generationen bleiben.

Parallel stimmen wir uns mit dem Schulverband und der Bücherei ab, wie wir künftig die Bedürfnisse der Gemeinschaftsschule stärker berücksichtigen können. So wollen wir sicherstellen, dass auch die Schule von den neuen Räumlichkeiten und Angeboten bestmöglich profitiert und die Bücherei weiterhin ein lebendiger Lern- und Begegnungsort wird.

Was wir diskutieren:

- Sehr hohe Investitionen bei verhältnismäßig geringen Besucherzahlen. Ist eine Bücherei noch finanzierbar?
- Sollte man Alternativen, wie z.B. den Büchereibus, nutzen?
- wie können wir die Attraktivität der Bücherei erhöhen

Das Jahr neigt sich dem Ende - ein kurzer Rückblick aus dem Jugendclub.

Neben vielen Grundschulern besuchen auch einige Jugendliche regelmäßig den Jugendclub. Der Sülfelder Jugendclub hat viel zu bieten. Neben Billard, Kicker, Dart und Air-Hockey gibt viele (Brett-) Spiele, Bastelmöglichkeiten, spannende Bücher, die Möglichkeit der Nutzung der Turnhalle usw. Ferner unternimmt der Jugendclub Ausflüge und es ist immer jemand mit einem „offenem Ohr“ vor Ort.

Neben den Öffnungszeiten während der Schulzeit bietet der Jugendclub in den Ferien ein abwechslungsreiches und attraktives Ferienprogramm für Kids und Teens.

Der Jugendclub nimmt auch an dorfinernen Aktivitäten teil. Dieser unterstützt z.B. gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbeirat den Laternenumzug, nimmt am Sülfelder Weihnachtsmarkt teil oder beteiligt sich an der Müllsammelaktion.

Vor den Weihnachtsferien plant der Kinder- und Jugendbeirat, sich den Kindern und Jugendlichen im Jugendclub Sülfeld vorstellen. Der Termin wird noch frühzeitig bekannt gegeben.

Haben Sie Fragen, Anregungen oder Wünsche – sprechen Sie mich gerne an.

Bis bald 😊

Anna Blome

PS: Sie haben ein Skateboard oder einen Roller in der Garage/ im Keller welcher (s) nicht mehr gebraucht wird? Die Besucher innen und Besucher des Jugendclubs würden sich darüber freuen!

Aktuelle Öffnungszeiten

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag
Uhrzeit / Zielgruppe	13.00-16.30 Uhr Kinder 1.-2. Schuljahr	14.00-19.00 Uhr Offener Treff/ Kinder ab dem 3. Schuljahr	13.00-16.30 Uhr Kinder 1.-2. Schuljahr	14.00-19.00 Uhr Offener Treff/ Kinder ab dem 3. Schuljahr
	16.30-18.00 Uhr Kinder ab dem 3.Schuljahr		16.30-18.00 Uhr Kinder ab dem 3.Schuljahr	

Kontakt

Jugendclub Sülfeld

Oldesloer Str. 9

23867 Sülfeld

Instagram: buddy_base_suelfeld

Leitung: Anna Blome

Telefon: 04537 / 707978

Handy: 0151 / 27117464

E-Mail: jugendclub.suelfeld@t-online.de

Die Gemeindevertretung im Überblick



Gemeindevertreterinnen und –vertreter

Marek Krysiak (Bürgermeister)
Thomas Ahnfeldt (Fraktionsvorsitz)
Benjamin Froberg
Doris Heine
Christian Jahns
Frank Kriebel
Markus Kuhn
Doris Pleß (Schulverbandsvorsteherin)
Britta Wrage

Wählbare Bürger/ -innen:

Marc-Oliver Matthiessen, Frank Pahl, Torsten Poggensee,
Gerhard Rhode, Jendrik Schütt, Detlef Stolten



CDU Ortsverband Sülfeld

www.cdu-suelfeld.de

E-Mail: info@cdu-suelfeld.de

Bürgermeister Marek Krysiak	0172 4622567	buergermeister@suelfeld.de
Fraktionsvorsitz Thomas Ahnfeldt	04537 1450 01520 4736083	thomas.ahnfeldt@t-online.de
CDU-Ortsvorsitzende Britta Wrage	04537 701259 0170 4763011	post@brittawrage.de info@cdu-suelfeld.de



Gemeindevertreterinnen und –vertreter

Sven Stückelschweiger (Fraktionsvorsitz)
Edgar Langfeldt
Robert Mittmann
Thomas Orłowski
Sina Wannick
Andreas Wehrmann

Wählbare Bürger/ -innen:

Reinhard Grauting, Hans-Joachim Kloock, Veronika
Kloock, Annett Schmelling, Thomas Schmelling, Denise
Stückelschweiger



AKTION BÜRGER FÜR GEMEINDE SÜLFELD

www.abs-suelfeld.de

E-Mail: mail@abs-suelfeld.de

Fraktionsvorsitz Sven Stückelschweiger	0173 6024378	sven.stueckelschweiger@abs-suelfeld.de
ABS-Vorsitzender Hans-Joachim Kloock	0173 9343271	hans-joachim.kloock@abs-suelfeld.de

Die Gemeindevertretung im Überblick



Gemeindevertreterinnen und –vertreter

Antje Gabriel (Fraktionsvorsitz)
Erik Wassermann (Fraktionsvorsitz)
Hans-Christian Werner

Wählbare Bürger/ -innen:
Ronny Köckert, Maike Palzer, André Petersen



www.gruene-alsterland.de
E-Mail: info@gruene-alsterland.de

Fraktionsvorsitz/ Sprecher Ortsverband Erik Wassermann
0179 9437247 erik.wassermann@gruene-alsterland.de



Gemeindevertreterinnen und –vertreter

Thomas Jankowski (Fraktionsvorsitz)
Jürgen Helm
Nicole Höpcke

Wählbare Bürger/ -innen:
Gerhard Homfeldt, Joachim Kaufhold

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

SPD

www.abs-suelfeld.de
E-Mail: mail@abs-suelfeld.de

Fraktionsvorsitz Thomas Jankowski
0173 8760866 ThomasJankowski@t-online.de
SPD-Ortsvorsitzender Jürgen Helm
04537 1224 jpehelm@googlemail.com



Die Gemeindevertreterinnen
und Gemeindevertreter
der Gemeinde Sülfeld
wünschen Ihnen

Frohe Weihnachten und alles Gute für 2025!

Impressum

v.i.S.d.P.: Marek Krysiak / Bürgermeister der Gemeinde Sülfeld
Segeberger Str. 42, 23845 Itzstedt
E-Mail: buergermeister@suelfeld.de

Fotonachweis

ABS Sülfeld / CDU Ortsverband Sülfeld / Grüne Alsterland /
SPD Ortsverein Sülfeld / Pukall Fotografie / benzoix auf Freepik



Dieses Produkt **Dachs** ist mit dem **Blauen Engel** ausgezeichnet. www.GemeindebriefDruckerei.de